

Bundestagswahl 2025:

Fragen an die Kandidierenden



Deutsche Schmerzgesellschaft e.V.
Sektion der International Association for the Study of Pain (IASP)

Die Deutsche Schmerzgesellschaft e.V. ist mit rund 3.700 Mitgliedern die größte medizinisch-wissenschaftliche Fachgesellschaft im Bereich Schmerz in Europa und bittet die Kandidierenden zur Bundestagswahl 2025 um Dialog bzw. Beantwortung folgender Wahlprüfsteine:

1. Versorgung für Menschen mit chronischen Schmerzen verbessern!

Etwa 23 Mio. Menschen in Deutschland berichten über Schmerzen. Legt man die „Messlatte“ der Beeinträchtigung durch die Schmerzen zugrunde, so erfüllen 6 Mio. Deutsche die Kriterien eines chronischen, nicht tumorbedingten, beeinträchtigenden Schmerzes. Die Zahl chronischer, nicht tumorbedingter Schmerzen mit starker Beeinträchtigung und assoziierten psychischen Beeinträchtigungen (Schmerzkrankheit) liegt bei 2,2 Mio. Deutschen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir:

- a. Was wollen Sie konkret tun, um die Versorgungslage in Deutschland für Menschen mit chronischen Schmerzen zu verbessern?
- b. Welchen Fortentwicklungsbedarf sowohl im ambulanten als auch (teil-)stationären Bereich sehen Sie in Hinblick auf die Versorgung von Schmerzpatientinnen und -patienten?

2. Krankenhausreform: Leistungsgruppe Schmerzmedizin fehlt, sie muss eingeführt werden!

Die aktuelle Krankenhausreform sieht keine eigene Leistungsgruppe „Interdisziplinäre Multimodale Schmerztherapie (IMST)“ vor, obwohl diese Therapie in der stationären Krankenversorgung für Patientinnen und Patienten essenziell, breit etabliert und bewährt ist. Ohne eine eigene Leistungsgruppe Schmerzmedizin droht den entsprechend spezialisierten Versorgungsangeboten ein Ausdünnen oder gar Ende, da diese dann weder Bestandteil der Krankenhausplanung der Länder sind, noch ökonomisch im Wettbewerb des Krankenhausmarkts Bestand haben werden. Dies sieht auch der Deutsche Ärztetag in seinem Beschluss vom Mai 2024: „Aktuell kommt es bereits zu Schließungen schmerzmedizinischer Einrichtungen, Neuplanungen werden eingestellt (...) Die teil- und vollstationäre schmerzmedizinische Versorgung ist ebenso wie eine umfassende ambulante Betreuung unerlässlich für eine Gewährleistung der Versorgungssicherheit von chronischen Schmerzpatienten in Deutschland“.

Vor diesem Hintergrund fragen wir:

- a. Werden Sie sich für die Einführung einer eigenen Leistungsgruppe Schmerzmedizin bei Fortentwicklungen der Krankenhausreform einsetzen?

3. Flächendeckende Versorgung sichern, derzeit schon lückenhaft!

Für viele chronische Schmerzpatientinnen und -patienten bleibt eine adäquate Versorgung unerreichbar, wie aktuelle Studien zeigen. Chronisch Schmerzkranken sind oft stark in ihrer Mobilität eingeschränkt. Die Fahrt zur Therapie wird dann zur zusätzlichen Hürde, die die ohnehin schon belasteten und oft erschöpften Patientinnen und -patienten überfordert und mögliche Therapieerfolge aufhebt. Viele Betroffene können interdisziplinäre, multimodale Therapieangebote (IMST) deshalb erst gar nicht in Anspruch nehmen, wenn sie zu weit weg wohnen, kein Auto, zu wenig Geld für tägliche Anfahrten und Parkgebühren oder keine angemessene Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr haben. Hier ergeben sich besonders für teilstationäre Einrichtungen wie Schmerztageskliniken oder universitäre Schmerzambulanzen eindeutige Zahlen: Insbesondere mit öffentlichen Verkehrsmitteln ist für 68 bis 75 Prozent der Betroffenen der Weg nicht realistisch zu bewältigen.

In Anbetracht dieser ernüchternden Fakten fragen wir Sie:

- a. Welche Maßnahmen planen Sie, um die medizinische Versorgung, insbesondere die schmerzmedizinische Versorgung, bundesweit und in ländlichen Regionen sicherzustellen und zu verbessern?
- b. Welche spezifischen Anreize möchten Sie schaffen, um Ärzte, Pflegekräfte, Physiotherapeuten und Schmerzpsychotherapeuten zur Arbeit in strukturschwachen Regionen zu bewegen?
- c. Wie wollen Sie die Aus- und Weiterbildung der beteiligten Professionen im Bereich der Schmerztherapie deutschlandweit fördern?
- d. Die ambulante ärztliche Bedarfsplanung muss durch bundesgesetzliche Grundlagen und Richtlinien so reformiert werden, dass zukünftig auch die ambulante Schmerztherapie (entsprechend Qualitätssicherungsvereinbarung) auf Ebene der niedergelassenen Vertragsärzte als eigenständige Gruppe, analog den etablierten Fachgebieten, beplant und abgerechnet wird. Inwiefern unterstützen Sie dieses Anliegen?

4. „Nationale Strategie zur Verbesserung der Versorgung und Prävention Chronischer Schmerzen“ erarbeiten!

Die Lücken in der Versorgung akuter und chronischer Schmerzen aber auch deren Prävention in Deutschland sind vielfältig. Ganz unterschiedliche Bereiche (ambulante ärztliche und nicht-ärztliche Versorgung, Bedarfsplanung niedergelassener Bereich, Krankenhäuser, Qualitätssicherung, Aus-/Fort-/Weiterbildung, Prävention) müssen betrachtet werden, um sowohl die Akutschmerzversorgung (z.B. rund um eine Operation) als auch die Versorgung chronisch Schmerzkranker aufeinander abzustimmen und zu verbessern. Eine zwischen Bund und Ländern sowie den unterschiedlichen Akteuren abgestimmte Strategie ist

nötig.

Wir fragen Sie:

- a. In der Vergangenheit hat die Gesundheitsministerkonferenz der Länder und des Bundes (GMK) (vgl. TOP 9.1 der GMK 24.6/25.6.2015, TOP 12.4 der GMK 16.06.2021, TOP 15.5 der GMK 22./23.6.2022) erste gute Beschlüsse gefasst, die es nun fortzuentwickeln gilt. Inwiefern sehen Sie diesbezüglich Ergänzung-/Aktualisierungsbedarf? Würden Sie eine erneute Beratung in der GMK befürworten?
- b. Welche Elemente soll eine „Nationale Strategie zur Verbesserung der Versorgung und Prävention Chronischer Schmerzen“ aus Ihrer Sicht beinhalten?
- c. Wie begegnen Sie den zunehmenden Herausforderungen des deutschen Gesundheitssystems im Hinblick auf Personal- und Finanzierungsprobleme, um eine langfristig gute Versorgung sicherzustellen?
- d. Welche Maßnahmen planen Sie, um die Patienten- sowie Qualitätsorientierung des deutschen Gesundheitswesens zu stärken?

Antworten bitte an:

Deutsche Schmerzgesellschaft e.V.
Geschäftsführer: Thomas Isenberg
Bundesgeschäftsstelle
Alt-Moabit 101 b
10559 Berlin

Telefon: 030-39409689-0, Telefax: 030-39409689-9

E-mail: info@schmerzgesellschaft.de

Internet: www.schmerzgesellschaft.de